



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/92 - 21.4.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Durchsichtige Manöver um die Saar	S. 1
Strömungen in der USA-Außenpolitik	S. 3
Großbritannien und deutsche Einheit	S. 5
Nachrichten aus der Sowjet-Zone	S. 7

Hat Saar-Hoffmann Rücktrittsabsichten ?

x - Saarbrücken

In politischen Kreisen Saarbrückens verdichten sich die Gerüchte, denen zufolge Saar-Hoffmann eine Aktion plant, um dem Wirksamwerden neugegründeter politischer Parteien bei einer künftigen Landtagswahl im Saargebiet zuvorzukommen. Man nimmt an, daß er - falls keine andere Möglichkeit bleibt - den jetzigen Saar-Landtag vorzeitig auflöst und in einer Frist, die als Anlaufzeit für jetzt noch nicht bestehende politische Parteien zu kurz ist, Neuwahlen ausschreibt.

Anlaß dazu könnte für ihn der Lohnstreit im Saarbergbau sein, durch den er in eine äußerst unangenehme Lage geraten ist. Es ist denkbar, daß der Landtag eine Schein-Opposition gegen die Pariser Vorschläge der gemischten französisch-saarländischen Wirtschaftskommission macht und Hoffmann damit den Vorwand zum Rücktritt liefert. Eine solche - mit Grandval zuvor vereinbarte - Aktion scheint für ihn in der Tat die beste Möglichkeit zu sein, sich eine Chance für die nächste Wahl zu bewahren. Für die Wahrscheinlichkeit dieses Planes spricht die Tatsache, daß jetzt schon die SPS-Fraktion einschließlich des früheren Arbeitsministers Kirn, der einer Sonderregelung für Lohnstreitigkeiten im Saar-Bergbau zugestimmt hatte, sich gegen die Pariser Vereinbarungen wandte und sie als unannehmbar bezeichnete. Es ist

denkbar, daß die CVP-Fraktion, von deren Mitgliedern ebenfalls zweinämlich Hoffmann und Singer - die Ausnahmeregelung für den Bergbau mit Grandval vereinbart hatten, eine ähnliche Haltung einnimmt.

Mit einer Ablehnung des Pariser Vorschlages im Saar-Landtag wäre für die Politiker, die bisher Frankreichs Saarpolitik bedingungslos unterstützten, gegenüber der Bevölkerung die Plattform geschaffen, die sie für einen Wahlkampf brauchten. Sie würden auftreten als die Verteidiger der Saar-Interessen gegenüber Frankreich und könnten - immer mit Genehmigung des Herrn "Botschafters" Grandval - für die Zeit der Wahlvorbereitung ihr Deutschtum in den Vordergrund ihrer Agitation stellen.

Saar-Hoffmann reist jetzt schon im Lande herum und erklärt jedem, der es hören will, daß er mit seiner Politik die Annexionsabsichten Frankreichs im Saargebiet zunichte gemacht und daß er gemeinsam mit seinen Freunden die deutsche Kultur gegen alle Französisierungsbestrebungen verteidigt habe. Durch die Hervorkehrung eines deutschen Programms will man versuchen, wieder eine Mehrheit im neuen Saar-Landtag zu erhalten, um dann die Politik, die bisher an der Saar gemacht wurde, fortsetzen zu können. Um die Täuschung der Wählerschaft zu vollenden, besteht die Absicht, nicht nur die Parteien, die bisher ihre Zulassung beantragt haben und wirklich eine Änderung der Verhältnisse herbeiführen wollen, zu genehmigen, sondern darüber hinaus noch eine ganze Anzahl anderer Parteien zu bilden. Sie sollen von Hoffmann und seinen Freunden inspiriert sein und sich in der Beteuerung ihres Deutschtums überbieten, um dann später nach der Wahl als eventuelle Koalitionspartner die Separationspolitik zu unterstützen. Es wird weiter vermutet, daß Frankreich bereit ist, in unwesentlichen Dingen an Hoffmann einige Konzessionen zu machen, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, bei einem Wahlsieg wirklicher Oppositionsparteien alles, was ihm an der Saar teuer ist, zu verlieren.

Bei einer Verwirklichung dieser Absichten könnte man auf Seiten Frankreichs und der offiziellen Saarpolitik erklären, es hätten freie Wahlen stattgefunden und man habe wieder die demokratische Legitimation erhalten, für weitere fünf Jahre zu regieren und das jetzt bestehende Verhältnis der Saar zu Frankreich beizubehalten. - Es muß eine unabdingbare Forderung bleiben, daß den Parteien, die sich bilden wollen, eine Anlaufzeit von mindestens einem halben Jahre zugestanden wird und daß alle Voraussetzungen geschaffen werden, um ihnen eine freie Entfaltungsmöglichkeit zu geben. Obwohl kein Saar-Landtag - weder der jetzige noch ein zukünftiger - das Recht erhalten kann, über das Geschick dieses deutschen Gebietes zu entscheiden, ist die Vereitelung der Manöver, die Herr Hoffmann plant, für die künftige Entwicklung an der Saar und für die Position der Bundesrepublik bei Verhandlungen über das Saargebiet von allergrößter Bedeutung.

Amerika vor der russischen "Friedensoffensive"

H.St.-Washington

Die Kette russischer Vorstöße der letzten Wochen, die man zutreffenderweise unter dem unschönen Wort "Friedensoffensive" zusammenfaßt, kam für die meisten Amerikaner unerwartet. Sowohl in Sachen der Moskauer "Wirtschaftskonferenz" als auch in Bezug der von Moskau vorgeschlagenen erneuten Deutschland-Verhandlungen stand das Statedepartement vor einem Dilemma - und bis zum heutigen Tage sind in Regierungskreisen die Meinungen darüber, wie man sich gegenüber dieser neuesten russischen Frontschwankung verhalten sollte, einigermaßen geteilt.

Die Mehrzahl der amerikanischen Beobachter der Moskauer Wirtschaftskonferenz, zu denen man wohl auch Staatssekretär Acheson zählen muß, hat mit Befremden und Bedauern, aber doch auch mit vollem Verständnis, gesehen, daß viele westeuropäische Wirtschaftskreise sich mit Ernst und Begierde auf den Strohalm intensivierten Ost-West-Handels gestürzt haben. Die amerikanische Regierung scheint nicht zu beabsichtigen, auf die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und der Deutschen Bundesrepublik einen Druck ausüben zu wollen, jede Zunahme des Ost-West-Handels abzudrosseln, aber sie dürfte auf ihrem Prinzip bestehen bleiben, daß keine strategisch wichtigen Waren und Rohstoffe hinter den Eisernen Vorhang verkauft werden.

Viel schwieriger noch ist es für die Amerikaner, zu einer klaren Linie in Bezug auf Deutschland und die Frage der deutschen Einigung zu gelangen. Die beiden russischen Noten sind von der amerikanischen Öffentlichkeit, die in innerpolitische Sorgen und Präsidentschaftswahl-Angelegenheiten versenkt ist, überhaupt kaum beachtet worden ~~sind~~. Im Statedepartement dagegen, das die Bedeutung des Moskauer Frontwechsels sehr wohl erkannt hat, beschäftigt man sich sehr gründlich mit der damit entstandenen Lage. Es scheint, als ob es in den führenden Kreisen der Regierung zwei verschiedene

Ansichten oder "Schulen" gibt, über die Frage, wie man sich dazu verhalten soll.

Die eine "Schule" steht auf dem Standpunkt, daß in der ganzen russischen "Friedensoffensive" die Früchte der amerikanischen Aufrüstung und der Festigung der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft zu sehen sind: Da Moskau nur die Sprache der Stärke versteht, hat die wachsende Stärke des Westens es zum Einlenken bewegen können. Die richtige Haltung sei daher, weiter zu rüsten und sich auf nichts einzulassen, bis der Krenl noch weitere, bessere und weitergehende Angebote mache; und inzwischen solle man sich auf keine riskanten Experimente in Deutschland einlassen. Eine andere "Schule" dagegen scheint der Meinung zu sein, daß man, schon mit Rücksicht auf Amerikas Freunde und Verbündete in der Welt, den Bogen keineswegs überspannen dürfe, sondern im Gegenteil alles tun muß, um den Frieden zu sichern und zu festigen - ohne dabei doch die eigene weitere Aufrüstung und die weitere Verteidigungsbereitschaft der freien Welt zu vernachlässigen. Die Probe aufs Exempel sei Korea: Wenn es dort aufgrund eines kommunistischen Einlenkens wirklich zu einem Waffenstillstand komme, dann sei es zweifellos richtig, in Bezug auf Deutschland das zu unternehmen, was die andere Schule das "riskante Experiment" nennt und eine Lösung mit Moskau zu suchen. Es handele sich nicht darum, darüber zu grübeln, ob die Russen es "ehrlich" meinen und man ihnen trauen soll; selbstverständlich sind Wachsamkeit und Mißtrauen auch weiterhin geboten, aber die Chance, einen deutschen Friedensvertrag abschließen zu können, darf man nicht von vornherein rundweg ablehnen.

Es ist im Moment schwierig, zu beurteilen, welche dieser beiden Schulen oder Richtungen sich in Washington durchsetzen wird; es mag dies zum Teil von der Haltung der Engländer und Franzosen, zum Teil aber auch von dem weiteren Ablauf der Verhandlungen in Panmunjom abhängen. Die russische Friedensoffensive muß nicht unbedingt zu einer Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik führen - aber sie setzt diese einer unlaugbaren Belastungsprobe aus - und es ist noch nicht zu erkennen, in welcher Form und Gestalt sie, wenn auch in ihren Grundzügen unerschütterter, aus dieser Belastungsprobe hervorgehen wird.

Großbritannien und der Kontinent

(sp) Der Deutsch-englischen Gesellschaft muß das Verdienst zuerkannt werden, daß es auch in diesem Jahre wieder gelungen ist, ein wirklich bedeutsames Gespräch über ein entscheidend aktuelles Thema von gewichtigen Persönlichkeiten aus den beiden Ländern zustande zu bringen, denen das Wirken dieser Gesellschaft gilt. Die Konferenz von Königswinter, die am Sonntag mit einer allgemeinen und gründlich klärenden Aussprache nach dreitägiger ernster Arbeit abschloß, untersuchte in erster Linie die Stellung Englands zum europäischen Kontinent. Sie stand dabei stark unter dem Eindruck der akuten politischen Themen, also im Zeichen der Fragen der deutschen Einigung, der englischen Haltung dazu und der Entscheidung Deutschlands für die europäische Verteidigungsgemeinschaft.

In Generalaussprachen und in drei Kommissionen wurden Einzelfragen und das Gesamtthema behandelt. Das geschah, indem die Gesprächspartner, englische und deutsche Politiker, Journalisten, Soziologen und Wissenschaftler, unmittelbar an die Kernfragen herantreten. "Deutschland kann und darf nicht an der Elbe enden", dieser Satz wurde zum Ausgangspunkt, und es folgte die englische Frage: Wo dann? Welche Grenzen denkt Ihr Euch für die endgültige Regelung und wie glaubt Ihr Euer Ziel im Einzelnen erreichen zu können? - Das ungeschriebene Gesetz der englischen Politik, Schritt für Schritt das Erreichbare anzustreben und über den großen Zusammenhängen die praktischen Chancen nicht zu übersehen, sondern sie gerade erst zu suchen und zu nutzen, dieses Prinzip beherrschte die Konferenz und zwang auch manchen deutschen Sprecher dazu, die Möglichkeiten der deutschen Konzeption erneut zu überdenken.

Das Commonwealth, das Verhältnis Großbritanniens zu den USA und die Beziehungen der Insel zum europäischen Kontinent, so etwa lautete die Hauptthese der englischen Argumentation, verpflichten nach drei Seiten. Wenn dem so sei, so lautete ein wesentliches deutsches Gegenargument, so habe England ein entscheidendes Interesse an diesem Kontinent, von dessen Bestehen, Freiheit und

Unabhängigkeit die Existenz nicht nur der Insel, sondern auch seiner Weltverbindungen und seiner Weltorganisation abhängt. Wie will es dieses Interesse realisieren? Was bedeuten ihm die Stützpunkte in Deutschland wirklich und materiell? Wo sind die zweckmäßigen Grenzen für einen festen Schutz Europas vor möglicher Aggression nach englischer Auffassung? Die deutsche Bereitschaft, einen Beitrag zur Verteidigung Europas zu leisten, sowie die Frage nach der Oder-Neiße-Linie oder -Grenze standen immer wieder im Mittelpunkt der ohne Leidenschaft, aber mit ernstem Bemühen geführten Gespräche, die eine vernünftige und wirklich erreichbare Lösung im friedlichen Ausgleich und jenseits jedes Gedankens an kriegerische Auseinandersetzungen zu erreichen strebten.

In einem Überblick über diese Konferenz ist zu sagen, daß ihr besonderer Wert in der Offenheit der Aussprachen lag, darin, daß ohne Rücksicht auf die möglichen Unterschiede nationaler Interessen allein das Problem zu klären versucht wurde und zwar in einer bemerkenswert sicheren Gemeinsamkeit der Moral und des europäischen Gefühls. Es gab keine diplomatischen Floskeln und Vorbehalte. Und es sprachen dort Menschen miteinander, deren Meinung ihren Lande etwas bedeutet, die geachtet sind und an wichtigen Aufgaben arbeiten. Umso bedauerlicher ist es, daß diese Konferenzen von Königswinter, die vorjährige wie die diesjährige, in Deutschland nur eine bedingte Aufmerksamkeit finden. Sie unterscheiden sich freilich grundsätzlich von den Methoden, die in Deutschland in der Behandlung außenpolitischer Fragen üblich sind. Denn in diesen Konferenzen wird diskutiert, erklärt und um ein Ergebnis gerungen. Bei uns wird indesens einsam beschlossen, nicht diskutiert - und wehe dem, der Kritik übt!

Es waren auch in diesem Jahre wieder in erster Linie Sozialdemokraten, die den deutschen Standpunkt vertraten. Sie fanden immer wieder die Zustimmung der anwesenden Angehörigen anderer politischer Gruppen. Wieweit aber sind diese mit ihrem vorläufigen Kanzler identisch?

Nachrichten aus der SowjetzoneDas Ostbüro der SPD teilt mit:

Nach einem Bericht aus Kreisen der sowjetzonalen NDP ist es jedem NDP-Funktionär und Mitglied zur Pflicht gemacht worden, Anträge auf Wiedereinstellung ehemaliger NSDAP-Mitglieder und jetziger NDP-Mitglieder nur zu stellen, wenn die SED-Kreisleitung vorher ihre Zustimmung gegeben hat. Ebenso werden alle Vorschläge für die Besetzung von Stadtrat-, Kreisrat-, Bürgermeisterposten u.a. nur mit vorherigem Einverständnis der SED gemacht. Zur stärkeren politischen Beeinflussung der NDP-Funktionäre im kommunistischen Geiste wurden alle Vorstandsmitglieder zur Teilnahme am Fernstudium der Verwaltungsakademie in Forst-Zinna verpflichtet. Der Hauptteil der dort behandelten Themen beschäftigt sich mit Fragen des Leninismus-Stalinismus.

x

Der im Zuge der Kampagne zur Entfaltung der "Nationalhilfe für Berlin" geforderte Sonderarbeitseinsatz wird in der Zone im allgemeinen dazu angewandt, die Großbetriebe der Sowjetzone, die SAGs und VEBs zu enttrümmern.

x

In den Nileswerken Chemnitz kam es zu einem Streik, da den Arbeitern kein Lohn ausgezahlt werden konnte. Auf das Bekanntwerden des Streiks in Berlin reisten Vertreter der SKK, des zuständigen Ministeriums für Maschinenbau, der SED und des FDGB nach Chemnitz ab. Sie stellten als Grund Zahlungsschwierigkeiten fest, die darauf zurückzuführen sind, daß der Betrieb zu hohe Außenstände hat. Der Betrieb liefert ausschließlich an die DIA, die sowjetzonale Außenhandelsgesellschaft. Alle Erzeugnisse gehen als Exporte nach der Sowjet-Union oder den Ländern des Ostblocks. Vom Geldmangel sind sämtliche Mittel- und Großbetriebe der Sowjetzone betroffen. Die Verlustausgleichsquoten werden nur zögernd gewährt, obwohl man zur vierteljährlichen Zahlung übergegangen war. Auch die versprochenen Investitionssummen bleiben aus.

x

Auf der zentralen Delegierten-Konferenz der sowjetzonalen "Volkssolidarität" wurde eine Neuorganisation und eine neue Satzung beschlossen. Die Delegierten zu dieser Konferenz wurden nicht gewählt, sondern von den Kreissekretären der VS in Zusammenarbeit mit der SED aufgestellt. Von den insgesamt 78 Delegierten waren rund 30 hauptamtliche Mitarbeiter der Volkssolidarität. Die neue Satzung der Volkssolidarität wurde von der SED ausgearbeitet. Die neue Satzung und die neue Organisationsform machen die VS zu einer ausschließlich politischen Organisation. Die VS wird besondere Hilfe zur Aufnahme von "Friedensfreunden" aus der Bundesrepublik zur Verfügung stellen. Die Personen, die in die wenigen für wohltätige Zwecke zur Verfügung stehenden Heime der VS eingewiesen werden sollen, müssen durch die SED oder zumindest die Nationale Front nominiert werden. Die paritätischen Verbände, die mit als Träger der Volkssolidarität firmieren, haben keinerlei Einfluß mehr auf die Arbeit der Volkssolidarität.

Verantwortlich: Peter Rauhaa